Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 23 — **Mittwoch, den 8. Februar 1928** — **46. Jahrgang**

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

Die russische Delegation nach Berlin abgereist

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, herrscht für die in dieser Woche in Berlin beginnenden Verhandlungen über den Handelsvertrag in dortigen wirtschaftspolitischen Kreisen lebhaftes Interesse. Es wird darauf hingewiesen, daß die neuen deutsch-russischen Verhandlungen, wie auch die früheren Verhandlungen eine gesteigerte Bedeutung habe. Ganz Europa werde diesen Verhandlungen aufmerksam folgen. Von seiten der Sowjetregierung sollen keine besonderen Wünsche vorliegen, mit Ausnahme derjenigen, auf dem Gebiete der Kredite und der Tscherwonetz-Verwendung. Es scheint, daß diese Fragen erst zur Erörterung gelangen können, nachdem die deutschen Wünsche, die die Konferenz herbeigeführt haben, geäußert und besprochen sind. Das russische Programm für die Verhandlungen bestehe in der bedingslosen Beibehaltung des Außenhandelmonopols und der Unabhängigkeit des russischen Exportes nach Deutschland. Das soll heißen, daß die Festsetzung von irgendwelchen Kontingenten bezüglich der Aus- und Einfuhr nach Deutschland oder aus Deutschland in Moskau als störend empfunden werden würde. Man ist in Moskau optimistisch in bezug auf den Verlauf und den Ausgang der Verhandlungen gestimmt.

Abreise der Russen nach Berlin

Berlin. Wie ein Funkspruch der „Taß" aus Moskau meldet, hat die russische Delegation für die Berliner russischen Wirtschaftsverhandlungen Moskau verlassen.

Krisenstimmung auf dem panamerikanischen Kongreß

Nicaragua fordert eine Untersuchungskommission

Neuyork. Wie aus Havanna gemeldet wird, herrscht dort unter dem Eindruck des argentinisch-mexikanischen Vorstoßes in der Interventionsfrage wahre Krisenstimmung. Die amerikanische Delegation jedoch will dieses nach außen nicht zugeben. Die Interventionsfrage ist immer noch in der Schwebe.

Neuyork. Die durch den argentinisch-mexikanischen Vorstoß in der Interventionsfrage geschaffene Krise in Havanna hat Montag durch einen Antrag Salvadors eine wesentliche Verschärfung erfahren. Dieser Antrag lautet, daß jede Nation, die nicht innerhalb zweier Jahre die Konvention für den Weiterbestand der panamerikanischen Union ratifiziert, damit ihren Austritt aus der Union erklärt. Da es unmöglich ist, daß sämtliche 21 Mitglieder der Union binnen zwei Jahren die Konvention ratifizieren können, würde die Annahme des Antrages Salvadors bedeuten, daß zahlreiche Staaten austreten müßten.

Eine Untersuchungskommission für Nicaragua?

London. Nach Berichten aus Havanna treten nicaraguanische Politiker für die Annahme eines Planes ein, durch die panamerikanische Konferenz eine Kommission zu ernennen, die nach Abschluß der offiziellen Arbeiten eine Reise nach Nicaragua antreten soll. Auf dem Wege über diese Kommission will man offenbar dem nicaraguanischen Problem, das durch die panamerikanische Konferenz nicht gelöst werden kann, eine für die gegenseitige Verständigung zwischen den Mittel- und Südamerikanischen Staaten auf der einen und Nordamerikas auf der anderen Seite günstige Wendung geben.

Unterzeichnung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichts-Vertrages

Neuyork. Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag ist Montag in Washington unterzeichnet worden.

Paris. Dem Montag erfolgten Abschluß des neuen französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages nimmt der Leitartikel des „Temps" zum Ausgangspunkt von Ausführungen über die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten. Das Blatt kommt auf den „traditionellen Geist gegenseitigen Vertrauens zwischen den beiden großen Demokratien" zu sprechen, der den Plan eines zweiseitigen französisch-amerikanischen Antikriegspaktes rechtfertige. Anders sei es dagegen, bei einer Ausdehnung des Briand'schen Vorschlages auf einen allen Nationen offenen mehrseitigen Pakt. Der „Temps" sieht in der Unterzeichnung des Schiedsgerichtsvertrages eine glückliche Etappe in den Beziehungen der beiden Völker. Was gegenwärtig die Politik der Washingtoner Regierung kennzeichnet, seien die Bemühungen Coolidges und Kellogs, auf dem Gebiete der Friedensorganisation dieselben Resultate zu erzielen. Diese Parallel mit der Völkerbundsarbeit geführte Aktion würde eine für den Geist der Entspannung und Verständigung günstige Atmosphäre schaffen und die Vereinigten Staaten an den internationalen Fragen interessieren, an denen sie anscheinend nach dem Kriege keinen Anteil mehr nehmen wollten. Auf den amerikanischen Vorschlag zur Abschaffung der U-Boot-Waffe übergehend, macht der „Temps" keine Vorbehalte. Man dürfe nicht vergessen, daß das U-Boot die einzige wirksame Defensivwaffe sei, über die die Nationen verfügten, die großen Küstengrenzen zu verteidigen hätten und sich nicht den Luxus erlauben könnten, große Ueberwasserflotten zu unterhalten. Das Blatt sieht in der Anregung der Vereinigten Staaten den Versuch, das Fiasko der Dreier-Konferenz zur Seeabrüstung wieder wettzumachen.

Der amerikanische Botschafter als Gast Briands

Paris. Aus Anlaß der Unterzeichnung des neuen französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages gab heute Außenminister Briand im Quai de Orsay zu Ehren des amerikanischen Botschafters Herrick ein Frühstück.

Der Schiedsgerichtsvertrag erneuert und ergänzt bekanntlich die Klauseln der Verträge von 1908 und von 1914. Man findet in dem neuen Vertrage die drei amerikanischen Vorbehalte zu den inneren Fragen, denjenigen, die eine dritte Macht interessieren und den Fragen, die die Monroedoktrin berühren. Die Vorbehalte Frankreichs beziehen sich auf seine Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes. Dieser französische Vorbehalt wurde vom amerikanischen Staatsdepartement nur nach langem Zögern angenommen, so daß sich daraus die Verschiebung der Veröffentlichung des Vertragstextes erklärt. Diese soll erst nach der Ratifizierung des Schiedsvertrages durch den amerikanischen Senat stattfinden, was immerhin auf eine gewisse Unsicherheit des Staatsdepartements schließen läßt.

Berliner Druck auf Woldemaras?

Kowno. Die bisher unversöhnliche Haltung der litauischen Regierung gegenüber Polen hat sich mit einem Schlage geändert: Die in Genf verabredeten litauisch-polnischen Verhandlungen über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern werden am 25. Februar in Kopenhagen beginnen. Dieser Umschwung in der Einstellung der Kownoer Regierung wirkt sensationell, da gerade Litauen immer wieder die Verhandlungen zu verschleppen suchte.

Mit besonderem Nachdruck stellt man in hiesigen politischen Kreisen fest, daß der überraschende Schritt unmittelbar auf den Berliner Besuch des Ministerpräsidenten Woldemaras folgt und man führt ihn deshalb auf deutsche Einwirkung zurück.

Ohne Ostgrenzengarantie keine Rheinlandräumung

Paris. Die Radikalsozialistische Partei von Lyon hat ihrem Chef, dem Bürgermeister und Unterrichtsminister Herriot, ihr einstimmiges Vertrauen ausgesprochen: Herriot ist in seinem alten Wahlbezirk wieder als Kandidat aufgestellt. Bei einer radikalsozialistischen Parteiversammlung in Bar-sur-Aube erklärte der Deputierte Albert Milhaud zu der Frage der Rheinlandräumung, daß diese nicht nur von Erwägungen finanzieller Art abhängig sei, sondern auch unzertrennlich mit der Sicherung der europäischen Ostgrenze verknüpft sei, um den europäischen Frieden endgültig zu sichern. Die Radikalsozialistische Partei wünsche, daß die Räumung des Rheinlandes sobald wie möglich erfolge, aber natürlich gegen entsprechende Sicherheiten!

Den Wahlen zum Geleit!

Von Erwin Hasbach,
ehem. Vorsitzender der deutschen Senatsfraktion.

Wenn zum dritten Male seit der Wiederaufrichtung Polens die Bevölkerung zu den Wahlen aufgerufen wird, so bedeutet dies den erneuten Versuch, den Bürgern des Staates die Gelegenheit zu geben, geeignete Vertreter in das Parlament zu entsenden, die dem Willen des Volkes maßgebenden Einfluß auf die Regierung des Landes verschaffen sollen.

Nach dem kläglichen Ausgang des letzten Sejms, der den Mut zur Selbstauflösung nicht aufbrachte, schien so manchem das Ende des Parlamentarismus in Polen gekommen und es begann das Rätselraten. Was wird „er" machen? Wird „er" die Wahlordnung ändern?, wird „er" es überhaupt zu Wahlen kommen lassen? und andere Fragen mehr. Und siehe da! Das einfachste vom Einfachen geschah, die Wahlen wurden genau der Verfassung entsprechend, ausgeschrieben und zu vieler Erstaunen stehen wir mitten drin.

35 Staatslisten sind dem Hauptwahlkommissar vorgelegt, wovon 34 bestätigt sind. Die Sache fängt gut an, dies der Erfolg der an führenden Stellen erteilten Mahnung zur naitonalen Einigung, im Vergleich zum Jahre 22 wo es deren 21 gab; — statt der Einigung weitere Zersplitterung.

Ob es der Regierung möglich sein wird, aus dem sich ihr präsentierenden Mosaik von Parteien eine Mehrheit zu schaffen, auf die sie gestützt an so wichtigen Fragen, als die Revision der Verfassung, die dem kommenden Parlament vorliegen wird, herangehen kann, steht dahin, und mag im Belvedere manche Sorge bereiten.

Als eine der stärksten Gruppierungen erscheint auch bei diesen Wahlen der Block der „Nationalen Minderheiten", der diesmal die Nummer 18, nicht 16, trägt; er umfaßt alle in Polen lebenden Minderheiten, der Seelenzahl nach rangiert: Ukrainer, Weißrussen, Juden und Deutsche. Eine jede dieser nationalen Gruppen hat in sich Eigenbrödler aufzuweisen, die aus irgend welchen Gründen, teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur, aus eigener Ueberzeugung, oder gedrängt und verführt es vorgezogen haben, eigene Gruppen zu bilden oder sich anderen Parteien anzuschließen. Auch wir Deutschen müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß es in unseren Reihen diesmal an der bisherigen Einmütigkeit gefehlt hat, sind doch die Sozialdemokraten Oberschlesiens und Lodz's mit der P. P. S. gegangen und hoffen dort ihre Interessen besser vertreten zu können. Um so erfreulicher können wir feststellen, ist das Verhalten der Sozialdemokraten in Posen und Pommerellen, die treu zu ihren Volksgenossen stehen und im Verbande des Blocks zur Wahl schreiten.

Was will nun dieser viel geschmähte und angefeindete Block der Minderheiten?!

Unser Manifest vom 22. Januar, von allen beteiligten Minderheiten gemeinsam proklamiert, sagt, was wir wollen. Zunächst haben wir uns „ad hoc" zusammengeschlossen, um unseren Stimmen, die durch das gegen uns gerichtete Wahlrecht ausgeschaltet werden sollten, so weit als möglich Geltung zu verschaffen. Keinerlei Bindungen bestehen für die kommende parlamentarische Tätigkeit. Unser Block ist kein Angriff gegen die Staatsinteressen, wie mit Vorliebe von denen behauptet wird, denen wir so unbequem sind, sondern eine Abwehr, Wahrung berechtigter Interessen. Eine jede Minderheit wird ihre besonderen Programmpunkte haben, über die die Anschauungen innerhalb der Minderheit auseinander gehen können. **Eins steht fest: In der Forderung des gleichen Rechtes für alle Staatsbürger werden wir einmütig beieinander stehen.** — Dafür kämpfen wir während der Wahlen, dafür werden ihre Abgeordneten von Sejm u. Senat kämpfen. Eine Regierung, die dieser Forderung gerecht wird, hat das Minderheitenproblem in Polen, ja in der Welt gelöst; sie setzt an Stelle des Kampfes den Freiden.

Nicht jedem der verehrten Volksgenossen wird es bekannt sein, welch ungeheure Schwierigkeiten es macht, einen Wahlbund, wie den Block der nationalen Minderheiten zustande zu bringen. Wochen schweren Ringens und Arbeitens liegen hinter uns und oft schien es fast unmöglich, so verschiedene Elemente und Interessen unter einen Hut zu bekommen. Es fehlte nicht an Versuchen von außen durch Ueberredungen, ja Drohungen, unsere Arbeit zu zerschlagen.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz wurde schließlich die letzte Klippe der Mandatsverteilung glücklich umschifft.

Es kann nicht stark genug betont werden, daß die Erinnerung an die fehlerhafte Politik, die Polens verschiedene Regierungen den nichtpolnischen Bewohnern des Landes gegenüber unentwegt geführt haben, in kritischen Momenten, wo schier unüberwindliche Gegensätze sich auftürmten, schließlich zur Einigung führte. Somit kommt ein gut Teil des Gelingens der diesjährigen 18 auf das Konto dieser Regierungskünstler.

Wie vorerwähnt, so hat auch die deutsche Minderheit besonders wichtige Punkte auf ihrem politischen Programm in erster Linie, die schon im vorigen Sejm geforderte, kulturelle Autonomie für die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Wir Deutschen sind kein staatsfeindliches Element, wir rechnen uns zu den staatserhaltenden Elementen im Lande. **Wir fordern für uns und unsere Nachkommen das Recht der freien, kulturellen Entwicklung in Schule, Kirche und auf verwandten geistigen Gebieten im Staate Polen.** Wir wollen niemand mit unseren Kulturgütern beglücken, aber der Staat gebe uns die Pflege unserer Kultur selbst in die Hand, er halte seine Hand schützend darüber, anstatt wie bisher, sie zu bekämpfen. **Der Staat als Schützer und Protektor der Kulturautonomie der einzelnen, nationalen Gruppen im Staate, bedeutet die Stabilisierung der Staatsautorität in vollendeter idealer Form.** Unsere Gegner werfen uns vor, wir streben einen Staat im Staate an. Welch Bekenntnis der Schwäche liegt in dieser Behauptung. Das kleine Estland hat als erstes den Versuch gemacht, seinen Minderheiten die Kulturautonomie zu geben. Der Versuch ist zur allseitigen Zufriedenheit ausgefallen! Also: „Vivant sequentes". Wer mit uns gehen will, wähle die Liste 18.

Die „Times" zur Abschaffung der Unterseebootswaffe

London. Die „Times" befassen sich in einem Leitartikel mit der Erklärung des Staatssekretärs Kellogg, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gewillt sei, mit allen Mächten einen Vertrag abzuschließen, durch den die Benutzung von Unterseebooten verboten wird. In dieser Erklärung sieht das Blatt einen endgültigen Fortschritt in der Auffassung der amerikanischen Regierung seit der Washingtoner Konferenz. Damals habe Großbritannien die völlige Abschaffung der Unterseeboote vorgeschlagen, während Amerika nur eine Begrenzung begünstigt habe. Lord Balfour habe sich damals überzeugen müssen, daß keine Hoffnungen auf Unterstützung des britischen Vorschlages beständen. Leider sei auch heute keine Hoffnung, auf eine allgemeine Unterstützung der amerikanischen Anregung vorhanden. Der damalige britische Vorschlag sei entschieden von Frankreich, Japan und Italien abgelehnt worden. Frankreich und Italien hätten das Unterseeboot als notwendig für die nationale Verteidigung erklärt. Heute sei es noch ebenso. Die kleineren Seemächte hätten ihre Unterseebootstreitkräfte seit dem Kriege ständig vergrößert, wenn in der Haltung dieser Nationen ein Wechsel eintrete, dann würden die übrigen sicher folgen, aber gegenwärtig seien keine Anzeichen dafür vorhanden.

Stürmische Debatten im Belgrader Parlament

Belgrad. Auch die Montag-Sitzung des Belgrader Parlamentes, auf deren Tagesordnung die Steuerreform stand, sah wieder stürmische Debatten, die beinahe wieder zu Tätlichkeiten zwischen den politischen Gegnern geführt hätten. Die Opposition wollte die Beratung des Etats und der Steuerreform vertagt wissen, da nach ihrer Meinung keine vollständige Regierung vorhanden sei. Wenn die Regierung bei der Abstimmung auch die Oberhand behielt, so rechnet man doch erneut mit dem Rücktritt des Gesamtkabinetts.

Das deutsche Südtirol

Rom. „Giornale d'Italia" meldet, daß eine genaue Volkszählung in der Provinz Bozen festgestellt habe, daß am 31. Dezember v. Js. diese Provinz 253 000 Einwohner zählte, von denen 47 000 italienischer Sprache und 205 300 deutscher Sprache waren. Es gibt wohl kein einwandfreieres Zeugnis für das deutsche Südtirol als diese Feststellung. Wird nun Italien auch hieraus die Konsequenzen ziehen?

Streikabbruch in Barcelona

Madrid. Der Zivilgouverneur von Barcelona erklärte am Montag, daß mit dem völligen Streikabbruch in Barcelona gerechnet werden könne, da bereits ein großer Teil der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hätte.

Die Nankingregierung beschlagnahmt

Kanton. Aus Nanking wird gemeldet, daß die Nankingregierung eine Verordnung vorbereite, nach welcher das Schiff „Praga" bei seinem Erscheinen in den südchinesischen Gewässern zu beschlagnahmen sei. Ferner arbeitet die Nankingregierung ein besonderes Gesetz aus, über die Einschränkung der Waffeneinfuhr nach China. Auf Grund dieses Abwehrgesetzes sollen alle ausländischen Schiffe, auf welchen Waffen vorgefunden werden, beschlagnahmt und als Kriegsbeute angesehen werden.

•

Kanton. Auf dem augenblicklich in Nanking tagenden vierten Kuomintang-Parteitag, auf dem nur Anhänger Tschiangkaischeks vertreten waren, wurde eingehend die außenpolitische Lage und die neueinzuschlagende Politik erörtert. Da der Parteitag von den Behörden nicht beschützt wurde, kam die innenpolitische Lage nicht zur Besprechung. Zum Schluß wurde die Frage einer internationalen Anleihe für China verhandelt.

Zur Parlamentseröffnung in London

London. In London erwartet man von der Mittwoch-Thronrede, die anläßlich der Eröffnung der vierten Parlamentssession gehalten wird, keine Ueberraschung. Die ebenfalls vor den Wahlen stehende englische Regierung wird ihr gesetzgeberisches Programm so stark wie möglich beschneiden. Sie wird ihre vierte Session schon zu Sommers Anfang schließen und die letzte Session im November eröffnen. Im Juni 1929 dürften die Neuwahlen stattfinden. Die Arbeiterpartei wird sich in ihrer Kritik morgen darauf beschränken, von neuem die Nichtratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens zur Sprache zu bringen. Die Außenpolitik wird in der neuen Parlamentssession im bisherigen Rahmen geführt werden.

Die Kammerdebatte über die finanzielle Lage Frankreichs

Paris. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß sich die Diskussion der Kammer über die finanzielle Lage Frankreichs bis Dienstag ausdehnen dürfte. Man erwartet, daß Poincare erneut das Wort ergreifen wird. Eine starke Mehrheit der Regierung bei der Abstimmung wird allgemein nicht bezweifelt.

Bainville erklärte im Petit Parisien, daß Poincaree sich in seinem Finanzexpose nur bewogen so vorsichtig über die Frankenstabilisierung geäußert habe, weil er unter gegebenen Umständen sobald sich die französische Wirtschaft bessere, und das Budget Ueberschüsse zeigen sollte, eine weitere, wenn auch nur geringe Revalorisierung zugunsten der Rentner durchführen möchte. Er wolle daher vor den entscheidenden Maßnahmen die weitere Auswirkung der gegenwärtigen Lage zumindestens abwarten, so daß es leicht möglich sei, daß die gesetzliche Stabilisierung des Franken selbst nach den Wahlen nicht sofort durchgeführt würde.

Neuwahlen in Preußen?

Berlin. Die preußischen Koalitionsparteien haben in den letzten Tagen mit dem Ministerpräsidenten Braun Besprechungen wegen der Frage der Neuwahlen zum Preußischen Landtag gehabt. Dem Vernehmen nach ist in Aussicht genommen, die Landtagswahlen gleichzeitig mit den Wahlen zum Reichstag vorzunehmen.

Ein sensationeller Erpressungsprozeß

Nürnberg. Vor dem großen Schöffengericht begann einer der größten Erpresserprozesse, die jemals in Nürnberg zur Verhandlung kamen. Angeklagt sind die Herausgeber des „Sherlock Holmes" und der „Kanone" sowie ihre Helfershelfer, im ganzen 11 Personen. Die Blätter hatten versucht, durch Drohungen irgendwelche Vorkommnisse aus dem Privatleben bekannter Nürnberger Persönlichkeiten zu schildern, diese zur Hergabe von Geld zur „Deckung der Unkosten" zu veranlassen. Für die Verhandlung sind zunächst zwei Wochen angesetzt und insgesamt über 80 Zeugen geladen. Am heutigen ersten Verhandlungstage wurde zunächst nur die 36 Seiten starke Anklageschrift verlesen.

Vor einem nordböhmischen Bergarbeiterstreik

Brüx. Die zwischen dem Verein für bergbauliche Interessen und sechs Bergarbeiterverbänden geführten Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. In einem Kommunique wird mitgeteilt, daß die Vertreter der Bergbauunternehmungen eine Lohnzulage von durchschnittlich 150 tschechischen Kronen pro Kopf der Belegschaft für das erste Vierteljahr 1928 für unannehmbar erklärt hätten. Die Bergarbeiter forderten dagegen eine Erhöhung der derzeitigen Löhne um mindestens 10 Prozent. Die Bergbauunternehmer erklärten sich jedoch zu weiteren Verhandlungen bereit. Voraussichtlich dürfte für den Fall eines Scheiterns weiterer Verhandlungen der bereits gefaßte Beschluß den Streik zu proklamieren, am Dienstag zur Durchführung gelangen. Die wichtigsten Punkte des ursprünglichen Vorschlages der Unternehmer waren die Ausdehnung der Arbeitszeit von acht auf achteinhalb Stunden und an Sonnabenden von sechs auf acht Stunden. Durch den Streik in den nordböhmischen Revieren werden etwa 30 000 Arbeiter betroffen. Im Kladnoer Revier dürfte es außerdem zu einem Sympathiestreik von 10 000 weiteren Arbeitern für die nordböhmischen Kollegen kommen, wenn der Streikbeschluß wirklich erfolgt. Im Ostrauer Revier wurde der Beschluß gefaßt, die nordböhmischen Arbeiter ebenfalls zu unterstützen. Die Regierung nimmt eine abwartende Haltung ein, da sie Vermittlungsversuche erwartet. Im Falle des Streikes dürfte sie aber aus eigener Iniative vermitteln.

Die belgisch-französischen Wirtschafts-Verhandlungen

Brüssel. In den belgisch-französisch-luxemburgischen Wirtschaftsverhandlungen konnte auch am Montag über das Zollabkommen kein Ergebnis erzielt werden. Die Verhandlungen werden Dienstag weitergeführt.

Die Erfindungen nehmen zu.

Eine Geschichte erzählt, daß vor Jahren ein Angestellter an einem Patentamt seine Stelle niederlegte. Auf die Frage, weshalb antwortete er: „Fast alle Erfindungen, die möglich sind, sind gemacht worden, bald wird es keine mehr geben, und man wird das Amt schließen müssen. Ich will in eine andere Stellung gehen, solange ich dazu noch die Gelegenheit habe." Die Erfindertätigkeit ist, so liest man in der „Umschau" aber ständig gestiegen, wie zum Beispiel aus den amerikanischen Patenterteilungen hervorgeht. Die erste halbe Million amerikanischer Patente brauchte 57 Jahre (von 1836 bis 1893), die zweite halbe Million 18 Jahre und die dritte halbe Million nur 13 Jahre. Manchmal hat man geglaubt, das ständige Anschwellen der Erfindungen müsse einmal aufhören, aber gerade die letzten Jahre mit der Entwicklung der Chemie, der Radiotechnik usw. haben alle diese Annahmen über den Haufen geworfen.

Schließung eines Industriewerkes wegen Verwendung gestohlener Konstruktionsentwürfe.

Die Gerlach-Werke A.-G. in Nordhausen hatten in zweijährigen kostspieligen Vorarbeiten einen kompressor- und ventillosen Dieselmotor konstruiert, für den sich bereits mehrere Firmen in Frankreich und Belgien zu interessieren begannen. Als die letzten Versuche beendet waren und der neue Motor um die Jahreswende auf den Markt gebracht werden sollte, traten die beiden Spezialingenieure, die mit dem Bau des Motors betraut gewesen waren, aus dem Gerlach-Werk aus, um zu der Filiale der Kromhout-Werke A.-G. (Amsterdam) in Brake in Westfalen überzugehen. Wenige Tage nach ihrem Weggehen entdeckte man, daß ein großer Teil Zeichnungen, Versuchsergebnisse und Korrespondenzen fehlte. Die Gerlach-Werke erstatteten hierauf Anzeige. Eine bei den Kromhout-Werken in Brake vorgenommene Untersuchung förderte u. a. über 200 Originalzeichnungen der Gerlach-Werke zutage. Aus vorgefundenen Korrespondenzen ergab sich, daß die Direktion der Kromhout-Werke zum mindesten um die Angelegenheit wußte. Das Braker Werk ist unter Bewachung gestellt und der Betrieb stillgelegt worden.

Prinzessin Tatjana.

Abenteuer einer russischen Großfürstenfamilie auf der Flucht.

Von Willy Zimmermann-Ssuslow.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Schneegraue Verstimmung lagerte über dem Wintermorgen des Wolgaeises. Wie Trümmer einer versunkenen Stadt ragten festgefrorene Kähne aus dem Weiß. Die Hütten am Ufer, schief und unter Schneebauschen versteckt, ließen hier und da Rauchfähnchen steigen, die sich an der Wolkendecke zu stoßen und umzubiegen schienen.

Aus einem der vereisten Kähne krochen zwei Männer hervor. Schwerfällig stapften sie einen festgetretenen Ufersteg hinauf. Der kleinere der beiden, dem die Abhängigkeit aus dem gekrümmten Rücken herausschaute, trug einige Bretter unter dem Arm, die frische Bruchsplitter zeigten.

„Mach Feuer und laß das Wasser sieden," sagte der Voranschreitende im Befehlston nach hinten. Du kannst mir den Kessel zu meinen Bekannten bringen, ich werde dort frühstücken."

„Sehr wohl, Herr General," anwortete der Holztragende und ging vom Wege ab.

Der General schlug den Kragen seines abgetragenen Pelzes, dessen Verschnürung sich beim Holzbrechen gelockert hatte, wieder hoch. Vor einer der nächsten Hütten machte er Halt und klopfte.

Wie in der Nacht, so schlürfte auch jetzt der aus traumlosem Brüten geweckte Alte mit hängenden Fußwickeln eilig zur Tür. Keinen andern als den langerwarteten Alexei Petrowitsch, seinen früheren Leibarzt vermutete er hinter der klopfenden Hand. Enttäuscht ließ er die Riegel fallen, als ihm das Brummen des Generals in den Halbschlaf drang.

„Im Schweiße deines ganzen Leibes sollst du dein . . ."

„Pscht, pscht, sie schlafen noch."

Der General stieß die Spitzen der Gummischuhe, die ihm an den lappenumwickelten Füßen schlotterten, vorsichtig gegen die Türpfosten und sagte mit gedämpfter Stimme:

„Es ist und bleibt eine Uebertreibung der paradiesischen Prophezeiung, dieses elende Leben! Den Kopf voll Sorgen — den Magen leer, die Stirn glühend — die Füße saukalt und Woche um Woche heißes Wasser in den Bauch und verfaulten Fisch — —! Ich möchte einen Sowjetkommissar verschlingen, um endlich wieder einen besseren Geschmack in den Mund zu bekommen."

„Danken wir Gott für das, was wir haben." Der Großfürst schloß die Tür.

„Du hast Humor, Freund." Mit dem Rücken gegen die schwarze Ecke ließ sich der General am Tisch nieder. „Hättest du ebensoviel Geld, könnten wir einen Zarentag leben. Wie geht es der Fürstin? Was macht Tatjana?"

„Es ist das alte. Wir warten auf Alexei Petrowitsch."

„Der Mensch hat eine Schafsruhe," brummte der General.

„Der Weg ist schwierig," meinte der Fürst, „wir haben lange nicht so tiefen Schnee gehabt."

„Den Schlittenkufen machen die paar Zoll Schnee nichts aus. Das ist es nicht. Sag, der Mann ist doch sicher?"

„Wie auf einen Sohn kann ich mich auf ihn verlassen."

„Man merkt, daß du keinen Sohn hast." Der General faßte sich mißvergnügt in den Bart. „Offen gesagt, das lange Ausbleiben deines Medikus macht mir Sorge. Hättest du irgend einen Arzt aus der näheren Umgebung kommen lassen, wäre die Sache unauffälliger gewesen. Für uns ist die Nabelschnur mit der Vergangenheit eine unheilschwangere Sache."

„Alexei Petrowitsch ist unbedingt verläßlich. Ich habe ihn überdies bitten lassen, einige Angelegenheiten für mich zu regeln."

„Ei verflucht." Die Augen des Generals weiteten sich. „Angelegenheiten soll er für dich regeln? Noch dazu einige? Ja, zum Kuckuck, hast du denn nicht daran gedacht, daß die Meute aus ungezählten Nasenlöchern wittert, daß du ihr mit solchen Mätzchen unser zartes Odeur geradewegs in die Nüstern bläst?"

Der General hatte die Hände auf die Knie gelegt und sah den Fürsten herausfordernd an.

„So oder so," meinte er ruhig. „Ich muß Mittel haben. Bleiben sie aus, so hat's auf jeden Fall ein Ende."

„So etwas denkt man, wenn einem die Welt mit 40 Grad Kälte vernagelt ist," sagte der General. „Es kommt doch aber wieder die Zeit, wo wir uns das Gehirn voll Sonne und die Lungen voll Frühlingsluft pumpen können. Dann hinaus aus diesem Elend und hinein in die schöne. weite Welt. Mittel sind genug in Herz und Beinen."

„Du bist immer noch der alte Soldat," lächelte der Fürst trüb, „dem die Frühjahrsoffensive im Kopfe steckt und der hinter sich die vollen Proviantwagen sieht. Aber schau dir die Sache einmal recht an, du alter Theoretiker. Dein Vorschlag bringt uns in tausend Gefahren, wo ich nur mit einer zu rechnen habe. Von Dorf zu Dorf, von Tür zu Tür, stehlen und betteln, als Landstreicher aufgegriffen, eingesperrt, ausgefragt; es ist nicht auszudenken."

Der General blickte stumpf vor sich hin.

„Wir beide," fuhr der Fürst fort, „hätten schließlich Mut und Kraft dazu. Aber die Frauen? Nein, so geht's nicht. Jetzt alles auf eine Karte setzen, das allein kann uns vorwärts bringen."

„Richtig, das ist auch ein Weg." Der General fuhr sich wie erwachend über's Gesicht. „Aber — — es gibt doch auch noch andere Gedanken und Hoffnungen. Hoffnungen! verstehst du mich recht, Freund?"

Die Augen des Generals leuchteten kurz aus dem faltenreichen Gesicht auf.

„Welche Hoffnungen?" fragte der Fürst.

„Da kann doch durch jeden rechten Russen nur ein Blitz zucken, wenn er etwas von Hoffnungen hört. Freund, haben wir nicht genug gelitten? Kann Gott uns noch länger prüfen und quälen? Ist es nicht selbstverständlich, daß dieser schwere Winter: Not, Hunger und Todesangst vergehen und Leben, altes, schönes, herrliches Leben wiederkommen muß? Kannst du daran zweifeln? Verstehst du nun endlich, welche Hoffnungen ich meine?"

Der Fürst hatte sich auf den Tisch gestützt und schaute wie mit banger Erwartung in das gerötete Gesicht des Generals.

„Glaubst du, daß sich das alles noch einmal wenden könnte?"

(Fortsetzung folgt.)

Laurahütte u. Umgebung

Was jeder Wähler wissen muß!

Die endgültige Stellungnahme der Kreiswahlkommission Kattowitz zu den verschiedenartigen Fällen von Einsprüchen gegen das Wahlrecht, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Grundsätzlich ist der Art. 35 Abs. 5 der Wahlordnung bei denjenigen Wählern anerkannt worden, die schriftlich gegen die Beanstandung ihrer polnischen Staatsangehörigkeit Einspruch erhoben haben. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Beanstandete seine polnische Staatsangehörigkeit nicht durch Beweise zu belegen braucht, wenn derjenige, der die Beanstandung vornimmt, auch keine Beweise für seine Behauptung erbracht hat. Wer also gegen die Beanstandung schriftlich Protest erhoben hat, muß seinem Namen bei der Wiederauslegung der Listen in der Zeit vom 9. bis 13. Februar ds. Js darin vorfinden.

2. Wer überhaupt nicht in den Listen figurierte und gegen die Nichteintragung schriftlich Einspruch erhoben hat, mußte seinen Einspruch durch Vorlegung geeigneter Dokumente begründen. Die Behauptung allein, daß er die polnische Staatsangehörigkeit besitzt, war nicht ausreichend. Lag also seinem Einspruch kein Staatsangehörigkeitszeugnis bei, so ist sein Gesuch abgelehnt worden.

3. Wer gegen die Nichteintragung mit Hilfe unseres Formulars, das nur für solche Wähler bestimmt war, die aus der Wählerliste gestrichen werden sollten, weil ihre polnische Staatsangehörigkeit angezweifelt wurde, Protest erhoben hat, wurde abgewiesen, weil die Begründung für diesen Fall nicht richtig war, denn im ersten Falle handelt es sich um eine Nichteintragung, im zweiten aber um eine Streichung. Wer also bei der erneuten Durchsicht der Listen seinen Namen darin nicht vorfindet (er wird von der Entscheidung der Kreiswahlkommission übrigens schriftlich in Kenntnis gesetzt) und tatsächlich die polnische Staatsgehörigkeit besitzt, muß persönlich — nicht der Mann für die Frau oder die Kinder—, innerhalb 48 Stunden von der Zustellung der Entscheidung an gerechnet Klage beim Obersten Tribunal in Warschau erheben und die Urkunde beifügen, aus der der Beweis für seine polnische Staatsangehörigkeit herworgeht.

Jeder fordere furchtlos sein Recht. So wie es vielen Wählern trotz aller Winkeladvokatenkniffe schon vor der Kreiswahlkommission in Kattowitz gelungen ist, ihr Recht durchzusetzen, so wird es jetzt auch den übrigen, deren Wahlrecht diesmal bestritten wurde, gelingen, in Warschau ihr Recht zu erkämpfen. Dort fragt man nicht, ob die Klage von einem Deutschen, Korfantysten oder Sanator erhoben worden ist, sondern betrachtet die polnische Staatsangehörigkeit allein als maßgebend für die Entscheidung. Keiner bleibe zurück! Wer Pflichten hat, muß auch seine Rechte zu wahren wissen. Wer lau ist und gleichgültig, verzichtet selbst auf eines der wichtigsten Rechte und fällt seinem Volkstum in den Rücken, „Viel Feind, viel Ehr'" muß unser Wahlspruch sein. Wenn jeder Wähler seine Pflicht am Wahltage tut, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Da es vorgekommen ist, daß in manchen Orten, z. B. in Michalkowitz den zahlreichen Beanstandungen kein einziger Einspruch beigelegen hat, so wird man gut tun, alle Mißgriffe der Kommissionen, die sogar Einsprüche in den Ofen geworfen oder nicht entgegengenommen haben, unter Angabe von Zeugen zu melden, damit gegen sie laut Art. 27 das Disziplinarverfahren wegen Vergehen im Amte eingeleitet werden kann.

=o= **Primiz.** Sein erstes hl. Meßopfer feiert am heutigen Dienstag der Alumny Alois Dylla um 9 Uhr früh in der hiesigen Kreuzkirche. Er wurde in Breslau ausgeweiht.

=o= **Betrifft Schulzeugnisse.** Auf Grund einer Stellungnahme des Herrn Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien hat der Herr Wojewode von Schlesien durch Verfügung vom 7. Juli 1927, L. O. P. 19052, angeordnet, daß die Schulzeugnisse an den öffentlichen Minderheitsschulen in polnischer und deutscher Sprache ausgestellt werden. Diese Verfügung erstreckt sich sowohl auf die höheren Minderheitsschulen wie auch auf alle Minderheits-Volksschulen. An der hiesigen katholischen Minderheitsschule haben die Kinder ausnahmslos Zeugnisse nur in polnischer Sprache erhalten. Es wird hiermit angefragt, warum der Schulleiter, Herr Schweda, obige Verfügung völlig unbeachtet läßt, und was die Schulbehörden zu tun gedenken, daß ihre Anordnungen seitens der untergeordneten Stellen auch ausgeführt werden. Die Elternschaft verlangt nachträglich die Ausstellung von Zeugnissen, die der erwähnten Verfügung entsprechen.

=o= **Beschriebene Banknoten verlieren ihren Wert.** In den öffentlichen Aemtern und Kassen ist eine Verordnung des Finanzministeriums eingegangen, der zufolge Banknoten, die von Privatpersonen mit Bleistift usw. beschrieben worden sind, an Wert verlieren. Leider sind heutzutage eine Menge solcher entwerteter Banknoten im Umlauf und man prüfe daher recht sorgfältig, ehe man sie in Zahlung nimmt. Die Bank Polski und ihre Filialen werden in Zukunft bei derartigen Banknoten wegen ihrer Minderwertigkeit Prozente in Abzug bringen, und zwar in jedem Falle mindestens 50 Prozent.

Klub Szachistow „1925". Den Schachinteressenten zur näheren Kenntnis, daß die Eröffnung des publiziösen Preisturniers am Donnerstag, den 9. Februar, abends ½8 Uhr, im Klubzimmer des Restaurants „Zwei Linden" stattfindet. Diejenigen Herren, deren Anmeldung aus bestimmten Motiven nicht erfolgen konnte, werden höflichst ersucht, diese am Eröffnungsabend zu erledigen. Schachgönner, deren Interesse für das Turnier ein nominierbares ist, sind zu den Turnierabenden eingeladen.

=o= **Radioklub.** Die fällige Monatsversammlung des hiesigen Radioklubs findet am Dienstag, den 7. Februar, um 8 Uhr abends, im Restaurant Prochotta (früher Szwencner), ul. Stabika, statt. Da die Tagesordnung sehr wichtige Punkte enthält, wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Eine Stunde vorher, also um 7 Uhr, findet eine Vorstandssitzung statt.

=o= **In Baingow** ist für dieses Jahr der Bau eines Beamtenhauses für die auf dem dortigen Schacht beschäftigten Beamten geplant.

Kammerlichtspiele. Ab heute bis Donnerstag, geht der große, erotische Film „Frauen, die man oft nicht grüßt" über die Leinwand. Das Motto des Films: Kompromittiert mich nicht, grüßt mich lieber! Die Hauptrolle spielt Lya Mara, die allen in ihrem interessanten Spiel bekannt ist. Der Partner ist Alfons Fryland, der ebenfalls einer unserer Großen ist. Das Ganze verspricht einen sehr unterhaltungsreichen Abend, wir können also den Besuch allgemein empfehlen

Wie man bei uns Wahlen macht

In der kürzlich von uns veröffentlichten „Instruktion 1" der Christlich nationalen Arbeitsvereinigung für die Wahlarbeit war bereits angedeutet, wie sich die Sanacja der Wahlpropaganda der anderen polnischen Parteien gegenüber zu verhalten gedenkt. Es war da die Rede von der Notwendigkeit der Beobachtung der Wahlversammlungen der Gegner; diese Beobachtungen haben die Wahlhelfer der Sanacja dann auch bereits bei einigen vom schlesisch-katholischen Volksblock (Korfanty) veranstalteten Wahlversammlungen richtig in Störung übersetzt. Daß sie damit durchaus im Sinn der Sanacja gehandelt haben, ergibt sich aus der „Instruktion 3" der Christlich nationalen Arbeitsvereinigung, die von der „Polonia" veröffentlicht wird. Im Abschnitt a) dieser Instruktion wird über die Notwendigkeit der Erfassung der Frauen gesprochen und in den folgenden Abschnitten beschäftigt sich der Hauptwahlausschuß der Partei dann sehr eingehend mit der Tätigkeit gegenüber Wahlversammlungen anderer Parteien. Da empfiehlt der Wahlausschuß zu allen Versammlungen der Gegner „selbstbewußte" Gruppen von Agitatoren zu entsenden, deren Aufgabe es ist, den Agitatoren der Gegner entgegenzutreten, und zwar soll das nicht etwa mit geistigen Waffen geschehen, indem man deren Argumente zu entkräften sucht, sondern da wird ganz deutlich gesagt, daß mit allen Kräften versucht werden müsse, die Abhaltung der Versammlung zu verhindern, oder wenn sie bereits begonnen habe, sie zu stören. — Dieses Verhalten wird empfohlen für den Fall, daß sich die Gruppe der Sanacja als zu schwach erweisen sollte, dem Gegner entgegenzutreten, oder wenn man die Beauftragten nicht in den Versammlungssaal hineinlassen sollte. Endlich werden auch noch Verhaltungsmaßregeln gegeben für den Fall, daß es nicht gelingt, die Versammlung zu stören oder zu verhindern. Da sollen die Beauftragten der Sanacja das Wort ergreifen, Entschließungen vorlegen, und wenn das nicht zugelassen werden sollte, sollen sie sich bemühen es dahin zu bringen, daß die Versammlung aufgelöst wird.

Für uns Deutsche spielen diese sehr deutlichen und sehr handgreiflichen Anweisungen keine große Rolle. Wir haben nach den Erfahrungen, die wir mit öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen auch in Zeiten ohne Wahlarbeit gemacht haben, nicht die Absicht, Wahlversammlungen abzuhalten. Wir können uns vorstellen, was mit diesen Versammlungen geschehen würde. Und da die Gegner an den Waffen, auf die es hierbei ankommt, uns unter allen Umständen überlegen sind, verzichten wir lieber auf Versammlungen. Dabei leitet uns auch die Rücksicht auf die Interessen des Staates, dessen Bürger wir sind und dessen Ansehen in der Welt bestimmt nicht dadurch gefördert wird, wenn Wahlversammlungen und andere Veranstaltungen gesprengt werden. Aber nach den in der „Instruktion 3" enthaltenen Weisungen, kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, was noch kommen wird, wenn der schlesisch-katholische Volksblock Korfantys und die Vereinigten Sozialisten ihre Wahlversammlungen abhalten. Zahlreich genug sind die Hilfsmannschaften, die die Sanacja überall zur Verfügung hat, um die Ziele zu erreichen, die in der „Instruktion 3" vorgezeichnet werden. Ob die Mannschaft des schlesisch-katholischen Volksblocks, von der die „Polonia" vor kurzem sagte, man würde sie in Tätigkeit treten lassen, wenn die Wahlhelfer der Christlich nationalen Arbeitervereinigung die Störungen und Sprengungen fortsetzten, stark genug sein wird, um den mit den „Instruktion 3" bewaffneten Leuten entgegenzutreten, ist eine Frage, die wir nicht beantworten können. Aber wir hoffen im Interesse des Ansehen des Staates, daß die Möglichkeit zu derartigen Zusammentreffen unterbunden wird. An wen man sich zu diesem Zweck zu wenden hat, ist nach der Veröffentlichung der „Instruktion 3" der christlich-nationalen Arbeitsvereinigung nicht mehr zweifelhaft. Und man wird wohl erwarten dürfen, daß den auf diese Weise „instruierten" Leuten von anderer zuständiger Stelle das Handwerk gelegt wird.



Mittel-Kino. Wie wir ja schon vorausgesagt haben, wurde der große, hervorragende, religiöse Film „Franziskus von Assisi" wegen großem Andrang verlängert. Da viele Besucher zurückgestellt werden mußten, sah sich der Besitzer dazu veranlaßt, um allen gerecht zu werden. Wer also den Film noch nicht zu sehen Gelegenheit hatte, kann ihn sich noch in der heute einsetzenden Spielzeit ansehen. Der Besuch ist auch den sogenannten Kinoscheuen sehr zu empfehlen, da dieser Film sie von der Ansicht, daß mit Kino absolut etwas schlechtes verbunden sein muß, bestimmt belehren wird. Die Bilder sind schön und bringen viel Lehrreiches. Näheres im Inserat.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Mittwoch den 8. Februar.

1. hl. Messe für Peter Kowol.
2. hl. Messe für verst. Florentine Dombek, Verwandtschaft beiderseits.
3. hl. Messe für verst. Paul und Martha Gruschka.

Donnerstag, den 9. Februar.

1. hl. Messe für verst. Franz Moczygiemba.
2. hl. Messe für verst. Karl Roether.
3. hl. Messe für verst. Franz und Paul Kempa, Verwandtschaft Kempa und Strozek.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius. Laurahütte.

Mittwoch den 8. Februar.

6 Uhr: in bestimmter Intention und für verst. Verwandtschaft Hierschmeyer und Pikarski und 2 Söhne.

6½ Uhr: in bestimmter Intention und für verst. Eltern.

7 Uhr: für das Brautpaar Graczyk-Kontny.

Donnerstag, den 9. Februar.

6 Uhr: für verst. Alfons Ostrzonczek und verst. Großeltern.

6½ Uhr: für verst. Theodor und Karl Jastrzembski, Ludwig und Julianna Machaj und Verwandtschaft.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

Mittwoch den 8. Februar.

7½ Uhr: Kirchenchor.

Donnerstag, den 9. Februar.

6 Uhr: Abendandacht in der Kirche.

7½ Uhr: Kirchenchor.

Sonnabend, den 11. Februar.

7½ Uhr: Kirchenchor.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Weihbischof Dr. Wojciech 60 Jahre alt

Der erste Weihbischof der Diözese Breslau, Dr. theol. Valentin Wojciech, vollendete sein 60. Lebensjahr. Der Jubilar ist in Grzawa, Kreis Pleß, geboren und wurde nach Vollendung seiner Studien im Jahre 1894 zum Priester geweiht. Er war in Kreuzburg, Löwen (Kreis Brieg), Friedland O.-S. tätig. Am 17. Mai 1926 wurde er als residierender Domherr an der Kathedralkirche zu Breslau installiert und am 1. Mai 1927 nach kurz zuvor erfolgter Ernennung zum Titularbischof von Danaba konsekriert.

Jahresabschluß der P. K. O.

Günstige Bilanz.

Am 20. und 21. Januar fand eine Sitzung des Verwaltungsrates der Polnischen Postsparkasse statt, auf welcher die Bilanz und Verlust- und Gewinnrechnung für das Jahr 1927 bestätigt wurde. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Ueberschuß der Eingänge in Höhe von 2 350 000 Zloty ab, die Gewinne aus den realisierten Kursdifferenzen der Wertpapiere und aus der Umrechnung der Aktien der Bank Polski, welche früher zu einem niedrigen Werte ausbilanziert waren, wurden in der Bilanz auf ein spezielles Kursdifferenz-Konto übertragen, das auf 8 475 000 Zloty lautet. Im großen und ganzen blickt die polnische Postsparkasse im Jahre 1927 auf eine günstige Geschäftsperiode zurück.

Gründung des neuen Bürgermeister-Vereins

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Flach versammelten sich in großer Anzahl die Bürgermeister der oberschlesischen Städte und die Honorarvorsteher der Landgemeinden. Der Syndikus des oberschlesischen Gemeindeverbandes, Kuhnert, brachte die durch eine Kommission ausgearbeiteten Statuten zur Kenntnis, worauf ihre Annahme erfolgte und die Gründung des Bürgermeistervereins beschlossen wurde. Zum 1. Vorsitzenden wurde alsdann der Kattowitzer Präsident Dr. Gornik gewählt und in den weiteren Vorstand die Herren Spaltenstein, Broncel, Koj, Foikis, Figna, Weber und Dr. Kopiec.

Die Zweizlotyscheine

Es mehren sich die Fälle, in denen sich Geschäftsleute und Privatpersonen weigern, Zwei-Zlotyscheine in Zahlung zu nehmen, weil sie der Meinung sind, diese Scheine wären bereits aus dem Verkehr gezogen. Diese Ansicht ist jedoch irrig. Nach einer Mitteilung der Bank Polski sind diese Scheine zwar zum beträchtlichen Teil bereits von den einzelnen Banken gesammelt und nach Warschau abgeführt worden, die noch im Umlauf befindlichen Scheine jedoch behalten ihren vollen Wert und sind als Zahlungsmittel unter allen Umständen anzunehmen. Nach dem 31. März d. Js. dürften die Zwei-Zlotyscheine allerdings von der Bildfläche vollkommen verschwinden, da bis dahin genügend Silbergeld hergestellt sein wird.

Die Gesamt-Arbeitslosenziffer in der Wojewodschaft

Ein kleiner Abgang von 196 Arbeitslosen war innerhalb der Wojewodschaft Schlesien in der letzten Berichtswoche zu verzeichnen. Die Gesamtarbeitslosenziffer betrug am Schluß der Woche 46 214 Personen. Registriert wurden nachstehende Kategorien von Erwerbslosen: Grubenarbeiter 15 113, Hüttenarbeiter 2678, Glashüttenarbeiter 125, Metallarbeiter 2231, Arbeiter aus der Tuchbranche 263, Bauarbeiter 3083, Arbeiter aus der Papier-, Holz- und chemischen Branche 678, aus der Keramik 146, qualifizierte Arbeiter 1423, nichtqualifizierte Arbeiter 17 686, landwirtschaftliche Arbeiter 330, sowie 2353 geistige Arbeiter. Als Unterstützungsempfänger kamen 27 767 Personen in Frage.

Vom Wojewodschaftsrat

Im schlesischen Budget ist eine besondere Position in Höhe von 50 000 Zloty für die wissenschaftliche Akademie in Krakau vorgesehen worden.

Vom Schles. Handwerks- und Gewerbe-Institut

Die Handwerksmeister werden darauf aufmerksam gemacht, daß Ende d. Mts. seitens des Instituts für Handwerk und Gewerbe ein zweiter Kursus für Buchhaltung usw. abgehalten wird und zwar zwecks Vorbereitung zur Meisterprüfung. Der Kursus wird insgesamt 100 Unterrichtsstunden umfassen und in den Abendstunden abgehalten werden. Eine Bestätigung des Unterrichtsplanes seitens der Wojewodschaft ist inzwischen bereits erfolgt. Beabsichtigt ist, den Kursus für die einzelnen Handwerks-Kategorien gesondert abzuhalten, vorausgesetzt, daß die Anmeldung von mindestens 15 Kandidaten des gleichen Berufes oder aber verwandter Berufsgruppen erfolgt. Erhoben werden von

den Kursusteilnehmern 50 Zloty, sowie weitere 5 Zloty als eine Art Beitrittsgeld. Schriftliche und mündliche Anmeldungen werden beim „Slonski Instytut Rzemieslniczy-Przemyslowy“, ulica Teatralna 4, in Kattowitz alltäglich ab 11 Uhr vormittags entgegengenommen.

Kattowitz und Umgebung.

Gastspiel der Berliner Staatsoper. Am Freitag, den 24. Februar, abends ½8 Uhr, findet im hiesigen Stadttheater ein Gastspiel der Berliner Staatsoper statt. Es ist zweifellos, daß dieses Gastspiel den Höhepunkt des Kunstlebens in diesem Theaterwinter bildet, und daß der Abend der Aufführung ein Treffpunkt der Gesellschaft sein wird. Es handelt sich ja nicht nur um das Gastspiel eines in der Kunstwelt weitbekannten Sängers, sondern um eine geschlossene Aufführung von Opernkräften deren Ruf über die Grenzen Deutschlands hinausreicht. Außerdem ist es das erste Mal, daß die Staatsoper Berlin überhaupt in einer solchen Form eine Gastspielreise unternimmt. Zu einem anderen Zeitpunkt würde auch die Möglichkeit einer derartigen Aufführung kaum bestehen, daß im April die Oper Unter den Linden eröffnet wird und dadurch das Personal der Staatsoper für ein Gastspiel nicht mehr zur Verfügung stehen kann. Vorbestellungen werden schon ab Freitag, den 10. Februar im Büro des Deutschen Theaters entgegengenommen. Der Vorverkauf beginnt am Dienstag, den 14. Februar.

Unter den Zug geraten. Auf dem Kattowitzer Bahnhof verunglückte am Freitag der Kaufmann Heinrich Badatz aus Emmagrube. Der Genannte wollte unmittelbar nach seinem Bruder den bereits fahrenden Morgenzug nach Summin besteigen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und geriet unter die Räder des Zuges, wobei ihm das linke Bein abgefahren wurde. Man schaffte den Schwerverletzten nach dem städtischen Spital in Kattowitz. Das verstümmelte Bein mußte amputiert werden.

½ Jahr Festung wegen kommunistischer Umtriebe. Wieder ein Kommunistenprozeß. Gegen den Metallarbeiter Anton Palenta aus Schoppinitz welcher angeblich den Polizeibehörden als kommunistischer Agitator bekannt sein soll, wurde vor dem Landgericht in Kattowitz am Montag verhandelt. Wie es heißt, mußte Polenta während der Anwesenheit des Staatspräsidenten Moscicki in Kattowitz aus Sicherheitsgründen in Haft genommen werden. — Im Anklageakt wurde dem P. kommunistische Wühlarbeit vorgeworfen. Die Polizei arretierte den Angeklagten am 14. November v. Js. in der Nähe des Landratsamtes in Kattowitz. Man fand nämlich bei P. ein größeres Paket vor, in welchem sich nach näherer Untersuchung kommunistische Flugblätter befanden. Der Arretierte hatte jedoch auf Befragen erklärt, daß das Paket Kurzwaren aus Sosnowitz enthielt. Bei der gerichtlichen Vernehmung erklärte der Beklagte, daß er sich einen Nebenerwerb verschaffen wollte und bei Zustellung des Paketes der festen Ueberzeugung war, daß sich in demselben Kurzwaren befanden. Verurteilt wurde P. wegen kommunistischer Umtriebe zu einer Festungshaft von sechs Monaten, bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Beantragt hatte der Staatsanwalt 1½ Jahre Festung.

Schoppinitz. (Verhinderter Kasseneinbruch.) Pech hatten zwei maskierte Einbrecher, die am Sonntag, 2 Uhr nachts, sich den Geldschrank des Hüttenlazaretts in Schoppinitz näher ansehen wollten, in dem sich zufällig 11 000 Zloty befanden. Als beide das Zimmer, in dem sich der Geldschrank befand, betraten, schlug eine Alarmvorrichtung an, so daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als zu verduften.

Königshütte und Umgebung.

Unglücksfall. Der in der Brückenbauanstalt als Transportarbeiter beschäftigte Russek Johann wurde beim Eisentransport derart schwer am Knie des linken Beines verletzt, daß seine Ueberführung nach Anlegen eines Notverbandes mittels Krankenwagens nach dem Knappschaftslazarett erfolgen mußte.

Rybnik und Umgebung.

Fingierter Raubüberfall. Auf dem Polizeikommissariat in Rybnik meldete sich dieser Tage der 25jährige Johann Placzek aus Schwientochlowitz der angab, unweit von Rybnik in einem Wäldchen von zwei maskierten Banditen überfallen und seiner Barschaft beraubt worden zu sein. In dem angestellten Verhör verwickelte sich jedoch Placzek in Widersprüche und gestand ein, den Ueberfall fingiert zu haben, um alsdann von öffentlichen Stellen oder seitens der Bürgerschaft materiell unterstützt zu werden. Placzek wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Infolge eines epileptischen Anfalles erfroren. Der 42jährige Paul Karkowczyk aus Radlin, Kreis Rybnik, erlitt dieser Tage auf der Straße einen epileptischen Anfall. Da hilfsbereite Menschen nicht zur Stelle waren, blieb der Bedauernswerte liegen und erfror.

Die Groschen der Armen

können allein das zur Durchführung der Wahlarbeit nötige Geld nicht zusammenbringen. **Die Wohlhabenden und Reichen** müssen jeder für sich das Zehnfache geben!

Annahmestellen für Spenden zum deutschen Wahlfonds sind:

Deutsche Bank, Katowice
Dresdner Bank, Król. Huta
Dresdner Bank, Tarnowskie Góry
Dresdner Bank, Katowice
Deutsche Volksbank, Tarn. Góry
Deutsche Volksbank, Myslowice
Diskonto-Gesellschaft Katowice
Darmstädter- und Nationalbank Katowice
Die Geschäftsstellen der deutschen Zeitungen

Raubüberfall. In der Freitagnacht wurde der Gastwirt Mazurek aus Brie aus dem Schlafe geweckt. Zwei Männer verlangten Eintritt, worauf M. das Lokal öffnete. Mehrere Stunden später wurde er von seiner Frau bewußtlos hinter dem Schanktisch aufgefunden. Die beiden Räuber hatten Mazurek überfallen, niedergeschlagen und sich in das Schlafzimmer begeben. Hier raubten sie aus einem Schrank etwa 400—500 Zloty. Der schwerverletzte Gastwirt wurde in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus geschafft. Bei seiner Vernehmung bei Wiedererlangung des Bewußtseins gab er die Namen der Täter an, die er erkannt hatte. Einer von diesen konnte bereits verhaftet werden, während der andere noch flüchtig ist. Beide stammen aus Brie.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322.6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55. Konzert für Versuche und für die Industrie 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.30 Zeitansage Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45 Konzert auf Schallplatten 15.30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22. Zeitansage Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Mittwoch, den 8. Februar: 15,45—16,30: Stunde mit Büchern. — 16,30—18,00: Unterhaltungskonzert. — 18,00. Abt. Welt und Wanderung. — 18,30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung — 19,00—19,30. Abt. Naturwissenschaft. — 19,30—20,00: Hans-Bredow-Schule. Abt. Geschichte. — 20,10: Uebertragung aus Berlin: Das Milliarden-Souper. Operette in drei Teilen.

Donnerstag, den 9. Februar: 16,30—18,00: Serenaden und Gavotten. — 18,00: Jugendstunde. — 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19,00—19,30: Hans-Bredow-Schule. Abt. Handelslehre. — 19,30—19,50: Englische Lektüre. — 20,00: Gertrud Eysoldt spricht! Von Geistern und Gespenstern. — 20,50: Kammerkonzert. — Anschließend: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen — 22,30—23,00: Uebertragung aus Berlin: Funktanzstunde. — 23,00—24,00: Tanzmusik.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16,40: Vorträge. — 17,45: Uebertragung aus Krakau. — 18,15: Uebertragung aus Warschau. 18,55: wie vor. 19,35 Vortrag. — 20,30: Uebertragung aus Warschau.

Donnerstag. 16,40: Polnischer Unterricht. — 17,20: Vortrag. — 17,45: Uebertragung aus Warschau. — 18,55: wie vor. — 19,35: Vortrag. — 20,30: Uebertragung aus Posen. — 22,00: Berichte. — 22,30: Tanzmusik.



Börsenkurse vom 7. 2. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8 91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.— zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 z	=	47.— Rmk.

Republik Polen

Die eigene Schwester geheiratet.

Im Jahre 1900 heiratete ein gewisser Stanislaw Kozlowski aus dem Dorfe Podole in Podolien ein armes aber schönes Mädchen. Ihr wurden zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, geboren, doch starb die Frau bei der Geburt des Mädchens. Kozlowski ließ nun sein Sohn unter der Obhut seiner Schwägerin zurück und wanderte nach Brasilien. Vor einigen Jahren reiste sein Sohn, der mittlerweile 24 Jahre alt geworden war, ebenfalls nach Brasilien, um seinen Vater aufzusuchen. Da er seine Spur nicht auffinden konnte, machte er sich bei einem reichen Farmer seßhaft, der eine hübsche Pflegetochter hatte. Die beiden jungen Leute faßten Zuneigung zu einander und heirateten. Beiden fiel es nicht weiter auf, daß sie denselben Namen trugen, gibt es doch sehr viele Menschen mit den Namen Kozlowski. Nach zweijähriger glücklicher Ehe ergriff beide die Sehnsucht nach dem Heimatlande, und sie machten sich auf den Weg nach Europa. Im Dorfe Podole begaben sie sich zunächst zu der Tante Kozlowskis, die in dem Mädchen sofort die Tochter ihres Schwagers erkannte. Sie erzählte den Kindern nicht, daß sie Geschwister seien und bisher in Blutschande miteinander gelebt hätten, sondern begab sich zunächst zum Geistlichen, mit dem sie sich beriet. Das Entsetzen der beiden war unbeschreiblich, als ihnen der Geistliche die schreckliche Wahrheit mitteilte, und die Trennung ihrer Ehe veranlaßte. Die junge Frau konnte die Schande nicht überleben, weshalb sie sich vergiftete. Als Kozlowski von dem Tode seiner Frau und Schwester erfuhr, ertränkte er sich in einem Teiche.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Kirchenchor der Lutherkirche

Volksliederabend

am Sonntag, d. 12. Febr., abds. 7½ Uhr
im Saale des evang. Gemeindehauses

Mitwirkende:

Prof. **Brandenburg**-Kattowitz. Violine
Pastor **Schulz**, Bariton
der Kirchenchor
Organistin **Lilli Fuchs**, Leitung u. Klavier

Eintrittskarten zu 2.—, 1.— u. 0.50 Zł

Der Reinertrag ist für wohltätige Zwecke bestimmt!

Intel. Schlosser
mit Spindel-Preßarbeiten vertraut, sowie
2 jugendliche Arbeiter
können sich melden in der Zeit von 5—6 Uhr nachmittags.
Stuchlik, ul. Piastowska 5



Teekanne
Braun
herzhaft und angenehm
Die Teemischung für die Familie,
auch bei dauerndem Genuss keine Geschmacksermüdung.

Werbt ständig neue Leser!

Sämtliche Drucksachen
für den Geschäfts- und Privatverkehr liefert schnell u. in bester Ausführung
Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung.





sind
die Absätze und Sohlen
BERSON
Ihre Elastizität läßt sich nicht vergleichen mit der Elastizität eines anderen Fabrikats, die Dauerhaftigkeit überschreitet dreifach das Leder. Trotzdem BERSON Rohprodukte der besten Qualität verwendet, sind dieselben billiger als Lederabsätze.
In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie, verlangen Sie
nur echte
BERSON Gummi-Absätze und -Sohlen.
BERSON sind die Besten!